

# Niederschrift



Sitzung des Rates der Stadt Bornheim am Donnerstag, 17.11.2011, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

<b>X</b>	<b>Öffentliche Sitzung</b>
	<b>Nicht-öffentliche Sitzung</b>

Sitzung Nr.	56/2011
Rat Nr.	6/2011

## Anwesende

### Bürgermeister

Henseler, Wolfgang                      SPD

### Mitglieder

Bandel, Helga                              CDU-Fraktion

Berg, Peter van den

Breuer, Paul

Deussen-Dopstadt, Gabriele            Bündnis90/Grüne

Donix, Michael                            CDU-Fraktion

Dopstadt, Julian                          Bündnis90/Grüne

Feldenkirchen, Else                      UWG/Forum-Fraktion

Feldenkirchen, Hans Gerd              UWG/Forum-Fraktion

Freynick, Jörn                             FDP-Fraktion

Gruneberg, Julia                          SPD-Fraktion

Hanft, Wilfried                            SPD-Fraktion

Hartmann, Sebastian                    SPD-Fraktion

ab TOP 10 tw.

Heller, Petra                                CDU-Fraktion

Hönig, Heinrich                          CDU-Fraktion

Jaritz, Karin                                SPD-Fraktion

Keils, Ewald                                CDU-Fraktion

Kleinekathöfer, Ute                      SPD-Fraktion

Knott, Thorsten                          FDP-Fraktion

Koch, Christian                            FDP-Fraktion

Kretschmer, Gabriele                    CDU-Fraktion

Krüger, Frank W.                          SPD-Fraktion

Krüger, Ute                                 SPD-Fraktion

Kuhl, Sebastian                            CDU-Fraktion

Kuhn, Arnd Jürgen Dr.                    Bündnis90/Grüne

ab TOP 17 tw.

Marx, Bernd                                Bündnis90/Grüne

Montenarh, Stefan                        CDU-Fraktion

Müller, Heinz                              UWG/Forum-Fraktion

ab TOP 4 tw.

Nipps, Ursula                              CDU-Fraktion

ab TOP 4 tw.

Odenthal, Kurt                             CDU-Fraktion

Pacyna, Michael Dr.                      Bündnis90/Grüne

Paschmanns, Dieter                      SPD-Fraktion

Paulsen, Michael                          CDU-Fraktion

Rech, Wilhelm                              CDU-Fraktion

bis TOP 17 tw.

Schausten, Manfred                      SPD-Fraktion

Schmitz, Heinz Joachim                  Bündnis90/Grüne

Siebert, Hans-Martin                    FDP-Fraktion

Söllheim, Michael                        CDU-Fraktion

Stadler, Harald                            SPD-Fraktion

Stüsser, Peter                              CDU-Fraktion

Velten, Konrad	CDU-Fraktion
Wingenbach, Matthias	CDU-Fraktion
Wirtz, Hans-Dieter	CDU-Fraktion
Züge, Rainer	SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter

Brühl, Gerhard  
 Cugaly, Ralf Kämmerer  
 Ehlert, Thomas  
 Hennings, Albrecht  
 Schier, Manfred Erster Beigeordneter  
 Schnapka, Markus Beigeordneter

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Kuhnert, Uwe CDU-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 47/2011 vom 29.09.2011	
4	Rahmenplanung Sechtem-Ost; Vorstellung der Varianten; Beschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung	303/2011-7
5	Bebauungsplan Bo 10 in der Ortschaft Bornheim; Beschluss zur Weiterführung des Verfahrens und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	452/2011-7
6	2. Ergänzung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Brenig; Beschluss zur Einleitung des Verfahrens und zur Öffentlichkeitsbeteiligung	453/2011-7
7	Bebauungsplan Wb 16 in der Ortschaft Walberberg; Einleitungsbeschluss	449/2011-7
8	Bebauungsplan Nr. 206 - 3. Änderung in der Ortschaft Hersel; Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses von 2005	484/2011-7
9	Bebauungsplan Nr. 206 - 3. Änderung und 1. Erweiterung in der Ortschaft Hersel, Einleitungsbeschluss, Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	485/2011-7
10	Bebauungsplan Ro 15 in der Ortschaft Bornheim und Roisdorf; Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur 3. Änderung und Unterrichtung der Öffentlichkeit	488/2011-7
11	Erweiterung der Satzungen im Ortsteil Kardorf im Bereich Altenberger Gasse	492/2011-7
12	Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2008, Beschluss über die Behandlung des Jahresfehlbetrages und Entlastung des Bürgermeisters	464/2011-2
13	Jahresabschluss und Lagebericht des Wasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2010	332/2011-BL
14	Jahresabschluss und Lagebericht des Abwasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2010	333/2011-BL

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
15	Anzeigeverfahren betr. 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim über die Anstalt des öffentlichen Rechts "Stadtbetrieb Bornheim"	508/2011-1
16	Gründung einer städtischen Gesellschaft - Stadtwerke GmbH	516/2011-2
17	Antrag der FDP Fraktion vom 21.06.2011 betr. 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a LWG NRW vom 06.10.2010	302/2011-BL
18	Antrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2011 betr. kommunalpolitisches Schüler-Praktikum	451/2011-1
19	Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2011 betr. Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 - ein herber Rückschlag für die Konsolidierung des Haushaltes	497/2011-2
20	Mitteilungen mündlich	
21	Anfrage der UWG/Forum-Fraktion vom 26.10.2011 betr. Einsatz von Bundesfreiwilligendienstleistenden	498/2011-1
22	Anfragen mündlich	

**Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)**

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 7 und 16 von der Tagesordnung abzusetzen.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:  
TOP 1–6, 8-15, 17-22.

<b>Öffentliche Sitzung</b>		
<b>1</b>	<b>Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin</b>	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

<b>2</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

<b>3</b>	<b>Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 47/2011 vom 29.09.2011</b>	
----------	--	--

**Beschluss**

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 47/2011 vom 29.09.2011 keine Einwände.

- Einstimmig -

<b>4</b>	<b>Rahmenplanung Sechtem-Ost; Vorstellung der Varianten; Beschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>	<b>303/2011-7</b>
----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat

1. nimmt die Rahmenplanung für den Bereich Sechtem Ost mit den beiden vorliegenden Planvarianten zur Kenntnis und

2. beschließt, die vorliegenden Varianten der Rahmenplanung der Öffentlichkeit im Rahmen einer Einwohnerversammlung vorzustellen und hierüber im Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften wieder zu berichten.

**Abstimmungsergebnis**

- 41 Stimme/n für den Beschluss (CDU, SPD tw., B90/Grüne, FDP, UWG, Breuer, van den Berg, BM)  
 01 Stimme gegen den Beschluss (SPD tw.)

<b>5</b>	<b>Bebauungsplan Bo 10 in der Ortschaft Bornheim; Beschluss zur Weiterführung des Verfahrens und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit</b>	<b>452/2011-7</b>
----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

1. das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Bo 10 in der Ortschaft Bornheim weiterzuführen. Das Plangebiet liegt zwischen Königstraße, Kallenbergstraße, Bahnlinie 18 und Mühlenstraße.
2. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Bo 10 gemäß vorliegender Übersichtskarte zu reduzieren,
3. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB mit den vorliegenden Gestaltungsplänen und den vorliegenden Allgemeinen Zielen und Zwecken der Planung,
4. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und eine Einwohnerversammlung durchzuführen.

- Einstimmig -

(ohne Mitwirkung der RM Kuhl und Wingenbach gem. § 31 GO.)

<b>6</b>	<b>2. Ergänzung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Brenig; Beschluss zur Einleitung des Verfahrens und zur Öffentlichkeitsbeteiligung</b>	<b>453/2011-7</b>
----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt:

1. das Verfahren zur 2. Ergänzung des Flächennutzungsplanes gemäß § 2 BauGB für einen Bereich entlang der Küppersgasse (zwischen Rankenberg und Michelsbergstraße) in Brenig einzuleiten,
2. aufgrund der bereits im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in diesem Verfahren zu verzichten,
3. den vorliegenden Entwurf der 2. Ergänzung des Flächennutzungsplanes einschließlich der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

<b>7</b>	<b>Bebauungsplan Wb 16 in der Ortschaft Walberberg; Einleitungsbeschluss</b>	<b>449/2011-7</b>
----------	--	-------------------

- abgesetzt -

<b>8</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 206 - 3. Änderung in der Ortschaft Hersel; Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses von 2005</b>	<b>484/2011-7</b>
----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, den Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften vom 02.11.2005 über die Einleitung des Verfahrens (nach § 2 BauGB) zur 3. Änderung 56/2011

des Bebauungsplanes 206 in der Ortschaft Hersel für den die Parzellen Nrn. 68,69, 247/71, 248/72 und 333, Flur 7, in der Gemarkung Hersel umfassenden Planbereich aufzuheben.

- Einstimmig -

<b>9</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 206 - 3. Änderung und 1. Erweiterung in der Ortschaft Hersel, Einleitungsbeschluss, Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung</b>	<b>485/2011-7</b>
----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

1. das Verfahren zur Aufstellung der 3. Änderung und 1. Erweiterung des Bebauungsplanes Bornheim Nr. 206 in der Ortschaft Hersel gemäß § 2 BauGB einzuleiten. Das Plangebiet wird begrenzt durch die Bayerstraße, die äußeren Grenzen des Sportplatzes und der vorhandenen Bebauung.
2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit dem vorliegenden Planvorentwurf und der vorliegenden Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung,
3. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und eine Einwohnerversammlung durchzuführen,
4. beauftragt den Bürgermeister, in einer der nächsten Sitzungen, im nichtöffentlichen Teil, den Kaufvertrag als Mitteilung zur Kenntnis vorzulegen.

- Einstimmig -

<b>10</b>	<b>Bebauungsplan Ro 15 in der Ortschaft Bornheim und Roisdorf; Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur 3. Änderung und Unterrichtung der Öffentlichkeit</b>	<b>488/2011-7</b>
-----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

1. gemäß § 2 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB das Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Ro 15 in der Ortschaft Bornheim und Roisdorf einzuleiten. Das Plangebiet liegt im Einmündungsbereich der Knippstraße in die Kartäuserstraße (s. Anlage),
2. gemäß § 13a (3) BauGB auf die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu verzichten und stattdessen bei der Bekanntmachung der Einleitung darauf hinzuweisen, dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer Frist von vier Wochen im Rathaus, Geschäftsbereich 7.1 Stadtplanung, über die Allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann,
3. Ersatzpflanzungen für entfallene Bäume vorzunehmen,
4. verbleibende Flächen, die nicht zur Veräußerung anstehen, an den Bauinteressierten (Nachbarn) zu veräußern.

- Einstimmig -

bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

<b>11</b>	<b>Erweiterung der Satzungen im Ortsteil Kardorf im Bereich Altenberger Gasse</b>	<b>492/2011-7</b>
-----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, das Verfahren über die Aufstellung einer Satzung der Stadt Bornheim/Rhein-Sieg-Kreis über die Einbeziehung einer Außenbereichsfläche in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Kardorf im Bereich Altenberger Gasse gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB einzuleiten.

- Einstimmig -

<b>12</b>	<b>Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2008, Beschluss über die Behandlung des Jahresfehlbetrages und Entlastung des Bürgermeisters</b>	<b>464/2011-2</b>
-----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat

1. stellt den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008 der Stadt Bornheim gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW fest,
2. beschließt, dass der Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2008 in Höhe von 1.485.920,47 Euro durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt wird,
3. erteilt dem Bürgermeister gemäß § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW die Entlastung.

- Einstimmig -

bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

<b>13</b>	<b>Jahresabschluss und Lagebericht des Wasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2010</b>	<b>332/2011-BL</b>
-----------	--	--------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Betriebsausschusses vom 08.09.2011, vorbehaltlich des Bestätigungsvermerkes durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen

1. den geprüften Jahresabschluss des Wasserwerkes zum 31.12.2010
  - 1.1 mit einer Bilanzsumme von 26.199.254,46 €
  - 1.2 mit einem Jahresgewinn von 493.203,46 €
2. von dem festgestellten Jahresgewinn
  - 2.1 132.935,00 € als Eigenkapitalverzinsung an die Stadt abzuführen und
  - 2.2 360.268,46 € in die allgemeine Rücklage einzustellen,
3. den Lagebericht 2010 festzustellen,
4. die Entlastung der Betriebsleitung für das Jahr 2010.

- Einstimmig -

<b>14</b>	<b>Jahresabschluss und Lagebericht des Abwasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2010</b>	<b>333/2011-BL</b>
-----------	--	--------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Betriebsausschusses vom 08.09.2011, vorbehaltlich des Bestätigungsvermerkes durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen

1. den geprüften Jahresabschluss des Abwasserwerkes zum 31.12.2010
  - 1.1 mit einer Bilanzsumme von 104.603.842,69 €
  - 1.2 mit einem Jahresgewinn von 1.017.451,44 €
2. von dem festgestellten Jahresgewinn
  - 2.1 596.930,00 € als Eigenkapitalverzinsung an die Stadt abzuführen und
  - 2.2 420.521,44 € in die allgemeine Rücklage einzustellen,
3. den Lagebericht 2010 festzustellen,
4. die Entlastung der Betriebsleitung für das Jahr 2010.

- Einstimmig -

<b>15</b>	<b>Anzeigeverfahren betr. 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim über die Anstalt des öffentlichen Rechts "Stadtbetrieb Bornheim"</b>	<b>508/2011-1</b>
-----------	---	-------------------

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Beschlusentwurf um das Wort „vorerst“ zu erweitern, wird einstimmig angenommen.

**Beschluss:**

Der Rat hat in seinen Sitzungen am 09.12.2010 (Vorlage 478/2010-1), ergänzt am 21.07.2011 (Vorlage 244/2011-1), die Erweiterung der Aufgaben des Stadtbetrieb Bornheim AöR beschlossen.

Hierzu stellt der Rat fest, dass der Stadtbetrieb Bornheim (AöR) die Aufgabe Produktion und Vermarktung von Energie aus regenerativen Energiequellen (beispielsweise Photovoltaik- und Windkraftanlagen) in eigener Regie und vorerst ohne Bürgerbeteiligung wahrnehmen soll.

- Einstimmig -

<b>16</b>	<b>Gründung einer städtischen Gesellschaft - Stadtwerke GmbH</b>	<b>516/2011-2</b>
-----------	--	-------------------

- abgesetzt -

<b>17</b>	<b>Antrag der FDP Fraktion vom 21.06.2011 betr. 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a LWG NRW vom 06.10.2010</b>	<b>302/2011-BL</b>
-----------	---	--------------------

Auf Antrag der FDP-Fraktion wird die Sitzung von 18.55 Uhr bis 19.05 Uhr unterbrochen.

**Beschluss:**

Der Rat

1. nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass das Abwasserwerk in Zusammenarbeit mit der Regionalgas Euskirchen bis zur Klärung der Frage von Dichtheitsprüfungen im Landtag NRW keine weiteren Einwohnerversammlungen terminieren wird. Der Bürgermeister wird die Öffentlichkeit hierüber in geeigneter Weise unterrichten.
2. bittet den Bürgermeister, die folgenden Punkte zu prüfen:
  - 2.1 Die Kontrolle der zum 31.12.2011 fälligen Prüfbescheinigungen frühestens nach Abschluss der Beratungen zur Dichtheitsprüfung im Landtag durchzuführen

- ren. Auf die Verhängung von Bußgeldern soll nach Möglichkeit verzichtet werden.
- 2.2 In geeigneter Art und Weise und unter Berücksichtigung der geltenden Gesetze und Satzungen die Bevölkerung auf die unter (2.1) angeführte Praxis hinzuweisen.
  3. beschließt, die Angelegenheit in die Sitzung des Rates im Januar zu verweisen, da zu diesem Zeitpunkt eine endgültige Klärung der Rechtslage durch den Landtag zu erwarten ist.

- Einstimmig -

<b>18</b>	<b>Antrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2011 betr. kommunalpolitisches Schüler-Praktikum</b>	<b>451/2011-1</b>
-----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Bürgermeister im Rahmen der personellen Möglichkeiten mit den weiterführenden Schulen der Stadt Bornheim die Entwicklung eines kommunalpolitischen Schülerpraktikums beraten wird.

- Einstimmig -

<b>19</b>	<b>Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2011 betr. Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 - ein herber Rückschlag für die Konsolidierung des Haushaltes</b>	<b>497/2011-2</b>
-----------	--	-------------------

Der Antrag der FDP-Fraktion, den Bürgermeister zu beauftragen, gegebenenfalls notwendige Mittel für juristischen Beistand und Verfahrenskosten im Haushalt 2012/2013 einzuplanen, wird mit einem Stimmenverhältnis von  
 05 Stimmen für den Antrag (FDP, Breuer)  
 38 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B 90/Die Grünen, UWG, van den Berg, BM) abgelehnt.

Der Rat

1. beschließt eine Arbeitsgruppe aus je einem Vertreter jeder Fraktion und des Kämmers einzurichten,
2. beauftragt den Bürgermeister nachfolgende Punkte zu prüfen:
  - 2.1 Mögliche Rechtsmittel gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 des Landes Nordrhein-Westfalen zu prüfen.
  - 2.2 Gemeinsam mit Kommunen, die in ähnlicher Weise wie die Stadt Bornheim negativ vom Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 betroffen wären, die Möglichkeit einer Klage gegen das Gesetz zu prüfen.

- Einstimmig -

<b>20</b>	<b>Mitteilungen mündlich</b>	
-----------	------------------------------	--

des Bürgermeisters Herrn Henseler betr.

1. EC-cash Zahlung ist seit 1 ½ Wochen im Rathaus möglich.
2. Am 18.11.2011 beginnt die Weihnachtsbaumwunschkaktion.
3. Neuer Sitzungskalender 2012  
 Einbringung des Haushaltes ist für den 12.01.2012 geplant.

Kenntnis genommen

<b>21</b>	<b>Anfrage der UWG/Forum-Fraktion vom 26.10.2011 betr. Einsatz von Bundesfreiwilligendienstleistenden</b>	<b>498/2011-1</b>
-----------	---	-------------------

Kenntnis genommen

**Zusatzfragen von RM Else Feldenkirchen**

1. Wurde denn seitens der Stadtbetriebe für Bundesfreiwilligendienstleistende geworben?

2. Aus der Beantwortung unserer Fragen ist nicht ersichtlich, ob Sie berücksichtigt haben, dass die Einsatzbereiche im Vergleich zum Zivildienst erweitert worden sind?
3. Neben dem erwähnten möglichen Einsatz im Bereich Kindererziehung könnte ein Einsatz in der Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Wohlfahrts-, Gesundheits- u. Altenpflege, in der Kultur- u. Denkmalpflege, im Sport, im Zivil- u. Katastrophenschutz sowie im Umweltschutz erfolgen. Wurde auch in diesen Bereichen der Bedarf geprüft?
4. Wurde insbesondere geprüft und berücksichtigt, dass der Personenkreis im Bundesfreiwilligendienst auf Frauen und ältere Menschen erweitert wurde und somit auch vielfältiges "Potential" bietet?
5. Ist bekannt, dass Vereinbarungen mit Dienstzeiten von 6, 12 und 18 Monaten getroffen werden können, bei einer wöchentlichen Arbeitszeit zw. 21 u. 40 Stunden?

Antworten:

Jetzt aktuell wurde nicht für Bundesfreiwilligendienstleistende geworben. In der Vergangenheit waren zwei Stellen für Zivildienstleistende eingerichtet, die aber nicht nachgefragt wurden.

Auf den vorletzten Absatz der Vorlage wird hingewiesen, wo die Kommunalaufsicht mitgeteilt hat, dass die Aufwendungen für den Einsatz der Freiwilligen als freiwillige Leistungen im Nothaushalt unzulässig sind.

6. Kann der Bürgermeister nochmals zu den Kosten etwas mitteilen, da die aufgelisteten Kosten für uns nicht schlüssig sind?  
Wir haben beim Bundesfreiwilligendienst die Auskunft erhalten, dass die monatliche Erstattungspauschale zw. 250 u. 350 € liegt, zusätzlich eine mögliche Bildungspauschale von 100 €. Zum Einsatz von Bundesfreiwilligendienstleistenden in Städten mit Nothaushalt hatten wir telefonisch von der Kommunalaufsicht erfahren, dass dies im Gegensatz zur Antwort der Verwaltung möglich ist, wenn im Budget der freiwilligen Leistungen einer Kommune seitens Verwaltung u. Politik in diesem Bereich eine Priorität gesetzt wird.

Antwort:

Zusätzliche freiwillige Mittel können und dürfen nicht eingesetzt werden. Wenn Mittel bereitgestellt werden sollten, hieße dass, im freiwilligen Bereich andere Mittel zu streichen. Diese Möglichkeit wird zur Zeit nicht gesehen.

Die Aussage bezüglich der Kosten wird nochmals geprüft, wird aber an dem Ergebnis nichts ändern.

<b>22</b>	<b>Anfragen mündlich</b>	
-----------	--------------------------	--

von RM Donix

Kann im Ratssaal ein WLAN-Netz eingerichtet werden?

Antwort:

Dieses ist bestellt.

von RM Marx betr. Anfrage aus der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses im März 2011

Wann wird das Ergebnis bezüglich der Zweitwohnsitzsteuer vorgelegt?

Antwort:

Dies wird als Mitteilung im nächsten Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgelegt.

von RM Hönig betr. 10 cm tiefe Absenkung Kuppenberg 14

Ist die Verwaltung in der Lage, die Absenkung kurzfristig abzudichten?

Antwort:

Ja, dies wird aufgenommen.

von RM Ute Krüger betr. Gedenkveranstaltung Volkstrauertag

Kann auf den Schleifen der Kränze neben den „Gefallenen der Weltkriege“ auch „Opfer der Gewaltherrschaft“ aufgeführt werden?

Antwort:

Anregung wird aufgenommen.

von AM Kuhl

1. betr. Zweitwohnsitzsteuer  
Kann bei der Kalkulation mit berücksichtigt werden, wenn sich die Zweitwohnsitze in Erstwohnsitze umwandeln?

Antwort:

Das wird mit in die Mitteilung für die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses aufgenommen.

2. An der T-Kreuzung Eichendorffstr./Fußkreuzweg/Uedorfer Weg ist die Ampelanlage umgefahren worden.

Ist es möglich, die Ampel an die Außenseiten aufzustellen?

Antwort:

Für die Linksabbieger wird das geprüft. Ansonsten sollte es wegen dem Verkehrsberuhigungsaspekt so beibehalten werden.

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

gez. Wolfgang Henseler  
Bürgermeister

gez. Petra Altaner  
Schriftführung